Übungsklausur für die Erste Juristische Staatsprüfung Sachverhalt Klausur 1847 (Öffentliches Recht)

Bearbeitungszeit: 5 Stunden

Die im Bundesland L gelegene Kleinstadt S feiert im Frühjahr 2020 ihr 750-jähriges Bestehen. Vom 24. Mai bis zum 4. Juni gibt es Festzelte, Umzüge und Brauchtumpflege, auf der Festwiese ein Volksfest mit Bühne und Schaustellern. Der Stadtrat beschließt – wie schon anlässlich vieler vorangehender städtischer Festlichkeiten – einen „Stellplan“, aus dem sich Art und Zahl der zuzulassenden Fahrgeschäfte und Verkaufsstände ergeben. Auf eine Festsetzung nach den §§ 69 ff. GewO verzichtet man.

Für den Fall mehrerer Bewerbungen um einen Stellplatz für örtliche Festlichkeiten gibt es schon seit vielen Jahren „Vergaberichtlinien“. Darin sind das Vergabeverfahren und die für die Auswahlentscheidung maßgebenden Kriterien geregelt: für „Ortsansässigkeit seit über zehn Jahren“ gibt es zehn Punkte, für „Ortsansässigkeit zwischen fünf und zehn Jahren“ fünf Punkte, für die Merkmale „bekannt und bewährt“ sowie für „Attraktivität und Modernität“ jeweils zwischen null und sieben Punkten. Zuzulassen ist der Bewerber mit der insgesamt höchsten Punktzahl, bei gleicher Punktzahl entscheidet das Los. Unter der Rubrik „Fahrgeschäfte“ sieht der „Stellplan“ jeweils einen Stellplatz für eine Geisterbahn, ein Riesenrad, ein Kettenkarussell, eine Achterbahn und einen Autoscooter-Fahrbetrieb vor.

Um den Stellplatz für den Autoscooter-Fahrbetrieb bewerben sich die Erwin-P-KG und die Julius-M-GmbH. Beide reichen ihre Bewerbungsunterlagen rechtzeitig ein, beide verfügen über hochmoderne Anlage desselben Herstellers und Baujahrs mit derselben technischer Ausstattung. Beide Bewerberinnen waren in der Vergangenheit sowohl in S als auch im Umland regelmäßig zu Volksfesten und Jahrmärkten zugelassen worden, sie haben sich hierbei gleichermaßen bewährt und als sehr zuverlässig erwiesen. Allerdings hat die Julius-M-GmbH bereits seit sechs Jahren ihren Sitz in S, während die Erwin-P-KG ihren Sitz schon seit Gründung in der fünfzehn Kilometer entfernten Kreisstadt K hat.

Am 5. Juli 2019 erlässt die Stadtverwaltung einen Bescheid, in dem sie die Bewerbung der Julius-M-GmbH zurückweist und derjenigen der Erwin-P-KG stattgibt. In dem mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenen und beiden Bewerberinnen ordnungsgemäß zugestellten Bescheid wird die Auswahlentscheidung wie folgt begründet:

Unter Zugrundelegung des Punktesystems habe die unterlegene Bewerberin zwar einen Vorsprung von fünf Punkten. Das Kriterium der Ortsansässigkeit dürfe aber angesichts des verfassungs- und unionsrechtlich verankerten Rechts auf Freizügigkeit nicht überbewertet werden, jedenfalls nicht allein den Ausschlag geben.

Entscheidend sei vielmehr Folgendes: Julia M, die Ehefrau des Julius M, des alleinigen Gesellschafters und Geschäftsführers der Julius-M-GmbH, ist nämlich alleinige Gesellschafterin und Geschäftsführerin der Julia-M-GmbH. Auch diese betreibt ein Fahrgeschäft – nämlich eine Geisterbahn. Mit dieser wurde sie als alleinige Bewerberin in dieser Sparte zur 750-Jahr-Feier zugelassen. Gründe der sozialen Gerechtigkeit, so die Stadtverwaltung, sprächen dafür, bei der Auswahl familiäre Verflechtungen zu berücksichtigen und „faktisch-wirtschaftliche Doppelzulassungen“ zu vermeiden.

Die Julius-M-GmbH erhebt durch ihren Geschäftsführer ordnungsgemäß Widerspruch, und zwar ausdrücklich sowohl gegen die Zulassung der Konkurrentin als auch gegen die Versagung der eigenen Zulassung. Der Widerspruch bleibt in der Sache ohne Erfolg. Der Widerspruchsbescheid vom wird allen Beteiligten am 4. November 2019 ordnungsgemäß zugestellt.

Bearbeitervermerk:

Beraten Sie die Julius-M-GmbH rechtsgutachterlich über die Erfolgsaussichten verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes mit dem Ziel der Durchsetzung ihrer Zulassung. Einstweiliger Rechtsschutz bleibt außer Betracht; unterstellen Sie, dass das Verwaltungsgericht noch rechtzeitig vor dem Veranstaltungstermin in der Hauptsache entscheidet. Bearbeitungszeitpunkt ist der 11. November 2019. Die Wahrung behördlicher Zuständigkeiten ist zu unterstellen, auf die örtliche Zuständigkeit des anzurufenden Gerichts muss nicht eingegangen werden.

Die Benutzung öffentlicher Einrichtungen ist im Bundesland L nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt. Das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundeslandes L entspricht demjenigen des Bundes. Bei dem „Stellplan“ und den „Vergaberichtlinien“ handelt es sich um Verwaltungsvorschriften. Im Bundesland L gibt es keine Ausführungsvorschriften zu §§ 61 Nr. 3, 78 Abs. 1 Nr. 2 VwGO.